

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 29 | 20.07.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 179/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die Chemikalien-Verbotsverordnung 2003, die Lösungsmittelverordnung 2005 und die HFKW-FKW-SF6-V geändert werden sowie die Verordnung über das Verbot vollhalogenierter Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Treibgas in Druckgaspackungen, die Verordnung über Beschränkungen und Verbote der Verwendung, der Herstellung und des Inverkehrsetzens von vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen, die Verordnung über ein Verbot bestimmter teilhalogener Kohlenwasserstoffe, die BiozidG-Altwirkstoffverordnung, die Chemikalienverordnung 1999 und Bekanntmachungen zur Chemikalienverordnung 1999 aufgehoben werden (**EU-Chemikalienrechts-Anpassungsverordnung 2017**)

### [BGBl II 182/2018 \(Beilagen\)](#)

Verordnung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Übermittlung von Meldedaten an die Oesterreichische Nationalbank unter Anwendung eines Datenmodells (**Datenmodellverordnung 2018**)

### [BGBl II 183/2018 \(Beilage A; Beilage B bis D\)](#)

Verordnung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Erfassung von Kredit und Länderrisiken, Restlaufzeiten und Fremdwährungskredite sowie Finanzinformationen von Auslandstochterbanken – **Meldeverordnung FinStab 2018**

### [BGBl III 117/2018](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung, in Bezug auf **Curaçao**, des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die **Besteuerung** von **Zinserträgen** und die vorläufige Anwendung dieses Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande für die Niederländischen **Antillen**

### [BGBl III 118/2018](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die **Besteuerung** von **Zinserträgen** und die vorläufige Anwendung dieses Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande für **Aruba**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 178 v 16.07.2018, 1](#)

Beschluss (EU, Euratom) 2018/994 des Rates vom 13. Juli 2018 zur Änderung des dem Beschluss 76/787/EGKS, EWG, Euratom des Rates vom 20. September 1976 beigefügten Akts zur Einführung allgemeiner **unmittelbarer Wahlen** der Mitglieder des **Europäischen Parlaments**

### [ABI L 179 v 16.07.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/973 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung eines Mehrjahresplans für **Grundfischbestände** in der **Nordsee** und für die Fischereien, die diese Bestände befischen, zur Präzisierung der Umsetzung der Pflicht zur Anlandung in der Nordsee und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr 676/2007 und (EG) Nr 1342/2008 des Rates

### [ABI L 179 v 16.07.2018, 14](#)

Verordnung (EU) 2018/974 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über die Statistik des Güterverkehrs auf **Binnenwasserstraßen**

### [ABI L 179 v 16.07.2018, 30](#)

Verordnung (EU) 2018/975 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung von Bewirtschaftungs-, Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Übereinkommensbereich der Regionalen **Fischereiorganisation** für den **Südpazifik** (SPRFMO)

### [ABI L 179 v 16.07.2018, 76](#)

Verordnung (EU) 2018/976 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1139 in Bezug auf die Spannen für die fischereiliche Sterblichkeit und das Schutzniveau für bestimmte **Heringsbestände** in der **Ostsee**

### [ABI L 181 v 18.07.2018, 84](#)

Beschluss (EU, Euratom) 2018/1014 des Rates vom 13. Juli 2018 zur Ernennung eines von der Republik **Österreich** vorgeschlagenen Mitglieds des **Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.06.2018, [E 4484/2017 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status von Asylberechtigten für eine irakische Staatsangehörige und deren minderjährige Kinder mangels hinreichend substantiierter Begründung der Entscheidung

26.06.2018, [G 254/2017 ua](#) (Anlassfall [E 778/2016](#))

**Vbg BauG**; **Vbg RaumplanungsG**; Kompetenzwidrigkeit einer Regelung des Vbg BauG betreffend die Ausnahme näher genannter Bauvorhaben vom Geltungsbereich dieses Gesetzes; Verkehrskontrollplatz an einer Bundesstraße samt darauf befindlichem Bauwerk vom **Kompetenztatbestand „Bundesstraßen“** erfasst; Gesetzwidrigkeit von Teilen des räumlichen Entwicklungskonzepts und Teilen des Flächenwidmungsplans wegen Verstoßes gegen die im Vbg RaumplanungsG vorgesehene Pflicht zur Berücksichtigung von Planungen des Bundes

26.06.2018, [E 4261/2017](#)

**VereinsG**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Nichtgestattung der **Gründung eines Vereins**; Möglichkeit der Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen zur Erlangung einer Lenkberechtigung nur durch bestimmte, taxativ aufgelistete Institutionen keine Verletzung der Vereinsfreiheit

26.06.2018, [E 2177/2018](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** für einen Staatsangehörigen von Afghanistan mangels nachvollziehbarer Begründung der Entscheidung angesichts der Heranziehung veralteter Länderberichte für die Beurteilung einer innerstaatlichen Fluchtalternative; teilweise Ablehnung der Beschwerdebehandlung

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

24.04.2018, [Ra 2017/03/0010 ua](#)

**KraftfahrlinienG**; Konzession zum Betrieb der – in Wien beginnenden – Teilstrecke einer **internationalen Kraftfahrlinie**; liegt die Endstation einer bestimmten Verkehrsverbindung ua auf dem Staatsgebiet eines Mitgliedstaats und daher nicht in Österreich, ist der grenzüberschreitende Kraftfahrlinienverkehr vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie mit einer vorgesehenen Konzession zu genehmigen; diese in § 3 Abs 2 KraftfahrlinienG vorgesehene **Zuständigkeit** des Bundesministers für die Erteilung der Konzession für grenzüberschreitende Kraftfahrlinien ändert nichts an der sachlichen Zuständigkeit der LVwG zur Entscheidung über Beschwerden in Angelegenheiten des in mittelbarer Bundesverwaltung zu vollziehenden KraftfahrlinienG; ggst war daher nicht das BVwG, sondern das – örtlich zuständige – LVwG zuständig; für das Kraftfahrlinienrecht ist eine besondere behördliche Zuständigkeit vorgesehen, die hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit des LVwG für Bescheidbeschwerden bei bundesländerübergreifenden Kraftfahrlinien an den Anfangs- bzw Endpunkt der Kraftfahrlinie anknüpft; dies ist auch auf internationale Kraftfahrlinien zu übertragen; weil im ggst Revisionsfall die Kraftfahrlinie ihren Anfangspunkt in Wien hatte, wäre demnach das LVwG Wien zuständig

24.04.2018, [Ra 2018/05/0056](#)

**Oö Raumordnungsg**; im Wohngebiet sind Nebenanlagen („andere Bauwerke und sonstige Anlagen“ iSd § 22 Abs 1 OÖ Raumordnungsg) zulässig, welche für eine sinnvolle Nutzung eines Wohngebäudes notwendig sind bzw typischerweise von der Wohnbevölkerung in solchen Wohngebieten errichtet werden; zur Beurteilung der Frage, ob eine zulässige Nebenanlage iZm einer Haltung von Tieren vorliegt, ist darauf abzustellen, ob solche Tiere typischerweise im Haushalt gehalten werden und daher üblicherweise derartige Baulichkeiten von der Wohnbevölkerung errichtet werden; Hühner werden nicht typischerweise im Haushalt gehalten; bauliche Anlagen zur **Haltung von Hühnern** sind von der Wohnbevölkerung nicht üblicherweise errichtet; die Haltung von drei Haushühnern und die Errichtung eines Hühnerstalles auf der Liegenschaft der Rw ist mit der **Widmung „Wohngebiet“** (§ 22 Abs 1 leg cit) unvereinbar und daher unzulässig

19.06.2018, [Ra 2018/03/0021](#)

**B-VG; VwGVG; Säumnisbeschwerde** an das BVwG; eine **Mitwirkungspflichtverletzung des Rw** ist nicht als schuldhaftes Verhalten im Rahmen der Abwägung des überwiegenden Verschuldens iSd § 8 Abs 1 VwGVG zu werten, welches die Behörde an der Entscheidung gehindert hat; vielmehr hätte die Behörde die unterlassene Mitwirkung des Rw würdigen und ihre (aufgrund der fehlenden Mitwirkung allenfalls auch negativ ausfallende) Entscheidung innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Entscheidungsfrist treffen müssen; auch sonst ist nicht erkennbar, dass die belangte Behörde durch ein Verschulden des Revisionswerbers oder durch unüberwindbare Hindernisse iSd dargestellten Rechtslage an der Entscheidung über den ggst Antrag gehindert gewesen wäre

## **C. VERWALTUNGSGERICHE**

LVwG Stmk 25.04.2018, [LVwG 40.22-950/2018](#)

**KraftfahrG; VStG**; ist ein **Lenkerauskunftsbegehren** nach § 103 Abs 2 KraftfahrG an eine **juristische Person** als Zulassungsbesitzer ergangen, kommt deren außenvertretungsbefugtem Organ im administrativrechtlichen Verfahren zur Erteilung der Lenkerauskunft keine Parteistellung zu; eine derartige Parteistellung lässt sich auch nicht aus dem Umstand ableiten, dass ein außenvertretungsbefugtes Organ gem § 9 VStG für die Nichteinhaltung von Verwaltungsvorschriften durch juristi-

sche Personen verantwortlich ist und es daher in weiterer Folge Beschuldigter in einem verwaltungsstrafrechtlichen Verfahren wegen Verletzung der Auskunftspflicht wäre

LVwG Vbg 21.06.2018, [LVwG-340-30/2017-R11](#)

**Vbg MindestsicherungsVO**; bei „**Ersparnissen**“ handelt es sich um „erspartes Geld“, „flüssige“ Mittel, welche jederzeit zur Abdeckung des Lebensunterhalts oder anderer Bedürfnisse verwendet werden können; alle anderen Vermögensgegenstände sind „**sonstige Vermögenswerte**“; sie stehen nicht sofort zur Abdeckung von Bedürfnissen zur Verfügung, sondern müssen erst verwertet (zB verkauft) werden; Bausparverträge und Lebensversicherungen sind sonstige Vermögenswerte iSd § 9 Abs 4 lit e Vbg MindestsicherungsVO und keine Ersparnisse iSd § 9 Abs 4 lit d leg cit

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

### B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

### C. GERICHT

[13.07.2018, T-58/14, Stührk Delikatessen Import / Kommission](#)

Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für Nordseegarnelen in Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV festgestellt wird – Abstimmung der Preise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – **Geldbußen** – Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – **Mildernde Umstände** – Sehr geringfügige Beteiligung – Zusammenarbeit im Verwaltungsverfahren – Obergrenze von 10 % des Gesamtumsatzes – Art 23 Abs 2 der Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Ziff 37 der Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Gleichbehandlung – Begründungspflicht

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.07.2018, Beschwerde Nr [15086/07](#), *Mazepa ua / Russland*

**Verletzung** von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); **unzureichende Aufklärung** des **Mordes** an der kremlkritischen Journalistin Anna Politkowskaja; Verurteilung einer Gruppe von Männern, die direkt am Mord beteiligt waren; jedoch **keine ausreichende Ermittlung**, wer die **Drahtzieher** des Verbrechens gewesen sind; die Angehörigen erhalten Schmerzensgeld iHv EUR 20.000,--

17.07.2018, Beschwerde Nr [38004/12](#), *Mariya Alekhina ua / Russland*

**Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit), **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Art 10 EMRK** (Meinungsäußerungsfreiheit); **Haftstrafen** für drei Mitglieder der russischen Protest-Punk-Band Pussy Riot (Bf) wegen einem Auftritt in Erlöserkathedrale; während des Prozesses mussten die Bf in von Sicherheitsleuten abgeschirmten **Glaskästen** aussagen, obwohl **kein Sicherheitsrisiko** bestand; **Verletzung** von **Art 3 EMRK**; fünf Monate lange Untersuchungshaft war unzureichend begründet; **Verletzung** von **Art 5 EMRK**; die Bf waren wegen der Glaskästen gehindert, mit ihren Anwälten zu kommunizieren; **Verletzung** von **Art 6 EMRK**; **Strafen** waren **unangemessen** streng; **Verletzung** von **Art 10 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.